

Düsseldorf, 16. März 2009

Verbände fordern „Eine Schule für alle“ in Nordrhein-Westfalen

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention angemahnt.

Der Sozialverband Deutschland, der Kinderschutzbund, die Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen und das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ fordern die Landesregierung zu einer umfangreichen Schulreform auf. Das gegliederte Schulsystem von der Förderschule bis zum Gymnasium soll durch **eine Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse** ersetzt werden.

„Im Interesse unserer Kinder können wir uns die Lebenslüge des angeblich begabungsgerechten Schulsystems nicht mehr länger leisten, schon gar nicht hier in Nordrhein-Westfalen“, sagt der NRW-Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. „Unser Schulsystem verbaut armen Kindern ihre Lebenschancen, und wir haben viele arme Kinder in unserem Bundesland.“

„Soziale Herkunft und Behinderung dürfen nicht länger über den Bildungsabschluss entscheiden“, fordert auch die NRW-Vorsitzende des SoVD, Marianne Saarholz. „Unser Schulsystem grenzt sozial benachteiligte und behinderte Kinder systematisch von höheren Bildungschancen aus, in dem die Kinder von Anfang an in unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden“.

Die Landesarbeitsgemeinschaft LAG „Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen“ betont, dass auch Kinder mit Behinderung einen uneingeschränkten Anspruch auf Integration in die allgemeine Schule bekommen müssen. „Das verlangt die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung“, betont der LAG-Vorsitzende Bernd Kochanek. „Die UN-Behindertenrechtskonvention erzwingt eine Schulrechtsreform, die das vielgliedrige Schulsystem zugunsten einer „Schule für alle“ überwindet“, sagt Kochanek. „Diese Schule nimmt jede Schülerin und jeden Schüler auf, die/der angemeldet wird und hat insofern keine Barrieren – weder physikalisch noch mental. Bildungsziele sind die je individuell erreichbaren Kompetenzen, die die/den Einzelne/n befähigen als einzigartige Persönlichkeit in dieser Gesellschaft seinen Platz zu finden.“

Die drei Organisationen sind dem NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ beigetreten, das landesweit von Elternvereinen, sozialen Organisationen, Gewerkschaften und vielen Einzelpersonen unterstützt wird.

„Seit mehr als zwanzig Jahren zeigen Integrationsschulen, dass Kinder besser lernen, wenn sie in Gruppen von ganz unterschiedlichen Kindern zusammen sind und ihr Bildungsweg möglichst lange offen gehalten wird“, sagt die Sprecherin des NRW-Bündnisses, Uta Kumar. „In solchen Schulen werden die Kinder individuell gefördert, anstatt sie nach Leistung zu sortieren und damit Viele für den Rest ihrer Schulzeit zu entmutigen.“

Die vier Verbände fordern die Landesregierung auf, das Schulgesetz an die UN-Behindertenrechtskonvention anzupassen. Diese verlangt für alle Kinder und Jugendliche mit Behinderung freien Zugang zu einem „inkluisiven Bildungssystem“, das alle Menschen einbeziehe. „Mit dieser Konvention“, sagt Bündnis-Sprecherin Uta Kumar, „sind weder die Förderschulen noch das gegliederte Schulsystem insgesamt vereinbar“.

V.i.S.d.P. Uta Kumar, Sprecherin, NRW-Bündnis Eine Schule für alle, Schildescherstr.67, 33611 Bielefeld